

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	134
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	20.11.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	Frau Dr. Usslepp (KVJS)		
Protokollführung:	Frau Kappallo / as		
Betreff:	Kinder- und Jugendhilfe im gesellschaftlichen Wandel. Demografische Entwicklungen und Lebenslagen in Baden-Württemberg mit Fokus auf die Stadt Stuttgart - mündlicher Bericht -		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Frau Dr. Usslepp (KVJS) stellt den gesellschaftlichen Wandel in der Kinder- und Jugendhilfe sowie die demografischen Entwicklungen und Lebenslagen in Baden-Württemberg mit Fokus auf die Stadt Stuttgart im Sinne der Präsentation vor. BMin Fezer bemerkt, seit vielen Jahren stellten diese Fortschreibungen der Berichte der Kinder- und Jugendhilfe im demografischen Wandel Inspirationen für ihre Arbeit als Bürgermeisterin dar. Im Laufe der Präsentation betont Frau Dr. Usslepp mehrmals, die Zahlen, wie beispielsweise die Anteile an Kindern, in deren Familien überwiegend nicht Deutsch gesprochen wird, bräuchten eine ganz starke Einordnung und stellten keine Bewertung dar.

Im Anschluss an den Vortrag erkundigt sich die Vorsitzende, inwieweit die Flüchtlinge bei der Betrachtung der demografischen Zahlen miteinbezogen werden. Für StRin Ciblis (90/GRÜNE) stellt die Betreuung aus sämtlichen Perspektiven gesehen einen Schlüssel für die Zukunft der Kinder mit ihren Familien dar. Gerade die Ganztagsbetreuung an Grundschulen sowie in der Kita seien das Kernstück für eine gelingende Entwicklung. Zu den Anteilen an Kindern, in deren Familien überwiegend nicht

Deutsch gesprochen wird, erkundigt sich die Stadträtin, wie diese Zahl eingeordnet werden könne.

Zu den starken Verlusten im ehrenamtlichen Segment frag StRin Ciblis, inwieweit auf die älteren Bürger*innen zugegangen werden könnte, die im Rahmen des demografischen Wandels mehr würden. Im weiteren Verlauf hebt StRin Ciblis die mobile Jugendarbeit sowie die Schulsozialarbeit als einen weiteren Schlüssel für ein gutes Gelingen von Bildungsbiografien hervor.

StR Dr. Nopper (CDU) interessiert, wenn mehr finanzielle Förderung für die Kinder- und Jugendhilfe aufgewendet werde, ob sich gleichzeitig mehr Erfolg bei der Nutzung der Potenziale einstelle. Darüber hinaus erkundigt sich der Stadtrat, ob die Situation des knappen Wohnraums für Familien bei der Erhebung mit eingeflossen ist und von welcher Annahme von Zuwanderungen bei den Prognosen der Bevölkerungszahlen ausgegangen werde. Frau Dr. Usslepp weist darauf hin, dass es sich um Vorausrechnungen und nicht um Prognosen handelt. Zu dem 6,9-prozentigen Anteil der Schüler*innen ohne Abschluss an allgemeinbildenden Schulen 2021 möchte StR Dr. Nopper wissen, um wie viele Schüler*innen es sich handelt. Frau Dr. Heynen (JugA) weist auf die Situation hin, dass die Anzahl der Schulabgänger*innen ohne Schulabschluss mit Zunahme der Flüchtlingszahlen gestiegen sei. Es sei teilweise schwierig, junge Menschen in den Schulen zu halten, da sie ohne Schulabschluss trotzdem die Möglichkeit hätten, zu jobben, und ihre Familien im Heimatland unterstützten.

Zu dem Übergang Schule-Beruf, zu dem viele Programme im Rat beschlossen worden sind, erkundigt sich StR Dr. Nopper nach der Wirkung dieser Maßnahmen. Die Messbarkeit von Schulsozialarbeit sowie der mobilen Jugendarbeit interessiert den Stadtrat. Wie treffsicher seien die finanziellen Mittel, die beschlossen werden, fragt der Stadtrat. Die Vorsitzende bemerkt, diese Frage sei relevant für die Haushaltsplanberatungen sowie für die Jugendhilfepolitik. Es könne gesagt werden, auf der einen Seite würden Maßnahmen beschlossen und auf der anderen Seite gebe es ständig sich ändernde Situationen - auch der gesellschaftlichen Strukturen. Gerade die Situation an den beruflichen Schulen begründe sich auch durch den enormen Zuwachs von jungen Menschen, die kein Deutsch oder schlechtes Deutsch könnten oder Analphabeten seien. Mit verschiedenen Maßnahmen sei sich engagiert worden, um zu Verbesserungen und zu Schulabschlüssen zu gelangen. Allerdings reiche es nicht, die jungen Menschen in Ausbildung zu bringen; diese müssten bis zu einem Berufsabschluss unterstützt werden. Die Schulabbrecherquote sei zu hoch -allerdings wäre sie noch höher, wenn weniger unternommen worden wäre. Die Situation werde im Blick gehalten und gegebenenfalls werde nachgesteuert.

StRin Meergans (SPD) weist wie ihr Vorredner auf das knappe Gut Wohnraum hin. Diese Situation würde Familien und junge Menschen veranlassen, Stuttgart den Rücken zu kehren. Chancengleichheit entstehe durch Verhinderung der Armut von Kindern sowie durch Schulsozialarbeit und Unterstützung am Übergang Schule-Beruf. Zu der Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen in Stuttgart erbittet die Stadträtin eine Einschätzung der Fachverwaltung.

Bezogen auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen erkundigt sich StRin Meergans nach dem starken Anstieg in den letzten Jahren. Frau Preiß antwortet auf die Frage von StRin Meergans, ob die Bedarfe der Kinder und Jugendlichen gedeckt werden können. Die Wartezeiten an den Beratungsstellen betrügen für Jugendliche für ein Erstgespräch zwischen vier Wochen und drei Monaten, so Frau Preiß. Bei den Erkrankungen Depression, Essstörungen sowie Angststörungen lasse sich ein Zuwachs durch die Corona-Pandemie zwischen 12 und 16 % feststellen, vorwiegend bei der Altersgruppe der über 15-Jährigen. Bei der Depression bestehe eine große Gefahr der Chronifizierung, wenn die Erkrankung im Jugendalter auftritt. Bei einer chronifizierten Depression seien die Jugendlichen häufig nicht bereit, die Schule zu besuchen. Alle psychischen Erkrankungen seien bildungsabhängig. Bei dieser Gemengelage müsse die Unterstützung von Jugendlichen abgesichert werden, betont Frau Preiß. Aus der Praxis der Schulsozialarbeit bestätigt Herr Honegg, bei Verdacht auf eine psychische Erkrankung sei es sehr schwer, einen Termin für die Kinder und Jugendlichen zu erhalten.

Als Elternvertreterin weist Frau Reinholdt im Namen der Eltern darauf hin, dass es an den Schulen zu wenig Schulsozialarbeiter*innen gebe. Frau Dr. Heynen geht auf die Knappheit von Sozialarbeiter*innen ein und bemerkt, zukünftig müsse geschaut werden, wo soziale Arbeit am wirkungsvollsten eingesetzt werden könne. Stationäre Hilfen seien sehr personalintensiv, wobei diese Hilfen bundesweit unter Druck geraten seien durch Schichtdienst sowie durch herausfordernde Arbeitsbedingungen. Es drohten bundesweit Engpässe.

Herr Hardt merkt an, die Statistik sei hinsichtlich der psychischen Erkrankungen nicht korrekt, da nur die Kinder erfasst würden, die therapeutische Angebote in Anspruch nähmen. Dieser Aussage widerspricht die Vorsitzende und bemerkt, die Verwaltung werde darauf antworten.

StR Pantisano (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) stellt positive Aspekte der Migration dar und erwähnt, durch diese Gruppe überaltere die Stadt nicht so schnell und sie stelle eine Bereicherung in vielen Bereichen und Themenfeldern dar. Die Frage, wie die Mehrsprachigkeit in Bezug auf die Bildung vorteilhaft gefördert und genutzt werden könne, beschäftigt den Stadtrat. Die Ganztagsbetreuung von Kindern sowie bezahlbarer Wohnraum seien wichtige Meilensteine gegen Kinderarmut und gegen Wegzug von Familien, erwähnt StR Pantisano. Im weiteren Verlauf erkundigt sich der Stadtrat nach einer inhaltlichen und qualitativen Auswertung, was Stuttgart beispielsweise von der Stadt Heidelberg lernen könnte. Bezogen auf die Kinderbetreuung in einer Kita nehme er in Stuttgart - auch wenn die Zahlen positiv seien - eine ungute Stimmung unter den Eltern wahr. Zur Kindertagesbetreuung in anderen Städten teilt Frau Dr. Heynen mit, Stuttgart rage bei den Rechtsanspruchsfällen sowie beim Umfang der Kindertagesbetreuung heraus. Die Stadt Heidelberg habe kein Problem mit Rechtsansprüchen, wobei der Bedarf der Eltern genauestens untersucht werde. Die Situation in Stuttgart mit 700 Kindern, die keinen Kita-Platz hätten, gebe es in anderen Städten nicht.

Bezogen auf die Folie 15 möchte StRin Schumann (PULS) wissen, wie die Zahlen interpretiert werden, wenn 6,9 % ohne Abschluss die Schule verließen, und wie das Armutsrisiko dadurch steige. Bezogen auf die psychische Gesundheit von Kindern sei der Anstieg der Zahlen erschreckend, bemerkt StRin Schumann. Zu dieser Zunahme erbitet sie eine Einschätzung der Fachverwaltung.

Herr Käpplinger richtet die Bitte an die Verwaltung, die vorgestellten Daten mit ihren Unterschiedlichen Lebenslagen vertiefend bei einer Klausurtagung aufzuarbeiten sowie Maßnahmen einzuleiten. Die Vorsitzende äußert sich zu den Fragen der Mitglieder, wie im Anschluss in dieser Thematik vorangeschritten werde. Hinsichtlich der psychischen Gesundheit teilt die Vorsitzende mit, dieses Thema werde interdisziplinär aufgegriffen und stärker in den Blick genommen, beispielsweise bei einer Klausurtagung. Für dieses Thema müsse allerdings das Referat Soziales und gesellschaftliche Integration (SI) ins Boot geholt werden. Breitflächig sollen die anderen Themen nicht in einer Klausurtagung bearbeitet werden, ergänzt die Vorsitzende. Abschließend schlägt BMin Fezer den Mitgliedern vor, sich verwaltungsintern - unter Einbeziehung des Referats SI - zu überlegen, wie das Thema psychische Gesundheit vorangebracht werden könne. Ein entsprechender Vorschlag werde unterbreitet und im Jugendhilfeausschuss (JHA) diskutiert.

Von Frau Reinholdt wird gefragt, ob die Kinder der SBBZ in der Statistik der Kinder ohne Schulabschlüsse inkludiert seien. Sämtliche Schüler*innen seien erfasst worden - auch die Schüler*innen der SBBZ, wobei 80 % dieser Schüler*innen keinen Schulabschluss erlangten. Darüber hinaus weist Frau Reinholdt darauf hin, dass die Kinderbetreuung für Schichtarbeiter*innen nicht abgedeckt werde.

Frau Dr. Usslepp beantwortet die Fragen der Mitglieder und weist besonders darauf hin, dass nicht alle Indikatoren von Kindern und Jugendlichen in der Präsentation mit aufgenommen seien, diese sich allerdings im Bericht befänden, der mittels des QR-Codes auf der Präsentation heruntergeladen werden könne. Zur psychischen Gesundheit teilt Frau Dr. Usslepp mit, dass nur die Kinder statistisch erfasst worden sind, die mittels Eingliederungshilfen nach § 35a SGB VIII Angebote erhalten hätten. Hinsichtlich der Bedarfslage in Baden-Württemberg gebe es schlichtweg keine Zahlen. Bei den Angeboten nach § 35a SGB VIII sei Stuttgart im Verhältnis zu anderen Städten vergleichsweise gut aufgestellt, unterrichtet Frau Dr. Heynen. Bei der Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII fänden hochkomplexe Aushandlungsprozesse statt, da auch Schulen Interesse an Unterstützung im Schulalltag hätten, wobei eine Möglichkeit der Unterstützung eine Eingliederungshilfe sei.

Auf Nachfrage von StR Pantisano sagt die Vorsitzende zu, die Präsentation den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / as

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Jugendamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-ICG
 3. OB-KB
 4. *Referat SI*
Sozialamt
SI-IP
SI-BB
 5. Stadtkämmerei (2)
 6. Amt für Revision
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand